

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 10

Artikel: Das europäische Durcheinander
Autor: Ammann, Hektor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158208>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das europäische Durcheinander.

Von Hektor Ammann.

„Frankreich ist stark. Es besitzt die stärkste Armee des europäischen Kontinents. Seine Kriegsmarine wird ständig ausgebaut, und seine Flugstreitkräfte können sich mit den besten der Welt messen. . . . Unsere Freundschaften und Allianzen sind verstärkt worden und wir haben in Europa alle Länder vereinigt, die entschlossen sind, den Frieden zu verteidigen und zu organisieren.“ So sprach der sozialistische Ministerpräsident Frankreichs, Léon Blum, am 27. November des letzten Jahres vor seinen versammelten Anhängern im Pariser Velodrom.

In kurzen Worten hat Blum damit die französische Politik umrissen, wie sie im Grunde genommen Frankreich unter allen seinen verschiedenen Staatsmännern seit 1919 geführt hat. Frankreich hat immer dafür gesorgt, daß es die stärkste Festlandsarmee besaß und hat dafür wieder und wieder Milliarden ausgegeben. Tatsache ist es, daß es auch heute noch ein Kriegsinstrument besitzt, wie es kein anderes europäisches Land zur Verfügung hat. Alle Parteien des Landes wetteifern darin, dieses Instrument scharf zu erhalten. Die französische Politik aber findet in dieser Armee den starken Rückhalt, der sie gegen alle Überraschungen deckt. Mit dieser Stellung Frankreichs als führende Militärmacht muß jedermann rechnen, der die französische Politik begreifen will. Man soll sich nur ja nicht durch die beweglichen Klagen der französischen Presse über die Rüstungen der andern täuschen lassen und soll beileibe die vielerlei Meldungen von Zerfetzungserscheinungen in der französischen Armee nicht allzu Ernst nehmen; all das ist nur dazu bestimmt, der französischen Außenpolitik freiere Bahn zu verschaffen.

Ebensowenig ernst zu nehmen sind übrigens auch die Gerüchte über die innere Zerfetzung des französischen Staatsapparates überhaupt. Wohl hat die Wirtschaft einen schweren Stoß erlitten. Wohl sind die französischen Finanzen in keiner beneidenswerten Verfassung. Wohl ist dadurch und durch den ganzen Regierungskurs die Radikalisierung der Massen erheblich gefördert worden. Aber der mächtige Apparat des französischen Einheitsstaates ist deswegen doch völlig in Ordnung. Wenn er an der spanischen Grenze die Augen heute fest zudrückt und zwar beide, so geschieht das natürlich nur zur Förderung der französischen Nichteinmischungspolitik in Spanien. Wie energisch und rücksichtslos Frankreich aber auch heute da zupacken kann,

wo es Gefahr sieht, das zeigen die Zustände in Nordafrika und in Hinterindien, auch etwa in Syrien, also an allen den Punkten des gewaltigen französischen Kolonialreiches, wo ernsthaftige Eingeborenenbewegungen vorhanden sind. Da kann das freiheitliche Frankreich von den Presseverboten eben so freigebig Gebrauch machen wie irgend ein Diktaturstaat. Da kann es jede politische Strömung der Eingeborenen mit der Einkerkelung oder Verbannung der Führer, der Unterdrückung ihrer Blätter, kurz mit einer rücksichtslosen Polizeiherrschaft glatt unterdrücken. Wo Deutschland seine Konzentrationslager und Mussolini die Liparischen Inseln hat, da besitzt Frankreich seine entlegenen Däsen in der Sahara. Der französische Staatsapparat ist also wirklich springlebendig und überall, wo das nötig ist, auch unter Blums Führung weder demokratisch noch freiheitlich.

Genau so lebendig ist auch die französische Außenpolitik, die trotz manchen Rückschlags unentwegt die auch von Blum erwähnte Linie der „Sicherheit“, nämlich der vollen und uneingeschränkten Sicherheit der 1919 erreichten französischen Machtstellung, beibehält. Man kann sogar feststellen, daß Frankreich diese Sicherheitspolitik mit einer Starrheit betreibt, die überspitzt erscheinen muß. Deutschland gegenüber wird an jedem Fesseln des Versailler Vertrags festgehalten, trotzdem man genau weiß, daß dieser Vertrag heute nicht mehr als ein Fesseln Papier ist. Man läßt sich lieber die Fesseln dieses Vertrages einzeln von dem Nachbar vor die Füße werfen, als rechtzeitig das doch unhaltbar Gewordene preiszugeben. Man ist auch gesonnen, das große Kolonialreich bis zum letzten Quadratmeter zu halten und nur ja kein Ventil für die Völker zu öffnen, die keine Kolonien besitzen. So hat man Mussolini nach Abessinien gewiesen, um selbst nichts preisgeben zu müssen. So streitet man heute mit den Türken um Alexandrette und hat für die deutschen Kolonialwünsche nichts als Hohn übrig.

Die französische Machtstellung und die auf deren ungeschwächte Erhaltung gerichtete französische Außenpolitik ist damit eine der sichern Tatsachen für die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse Europas.

* * *

Viel weniger deutlich ist auf den ersten Blick die englische Außenpolitik. und doch ist eigentlich an ihrem Ziel ebensowenig zu zweifeln wie bei Frankreich. Auch England ist entschlossen, seine Weltstellung mit allen Mitteln zu verteidigen. Auch es hat durchaus nicht die Absicht, von seinen Kolonien irgend etwas preiszugeben, wie sich das Italien gegenüber schon lange gezeigt hat und gegenüber Deutschland noch zeigen wird. Auch England gefällt die Rolle des glücklichen Besitzers ganz ausnehmend. Es ist auch durchaus nicht daran zu zweifeln, daß Großbritannien für die Wahrung seiner Stellung gewaltige Kräfte und starke Energien wird ins Feld führen können.

Heute aber ist England erst im Begriff, diese Kräfte zu organisieren und diese Energien wach zu rufen. Noch lassen die englischen Rüstungen zu wünschen übrig. Noch ist die innere Festigung des Reiches nach der Be-

Lastungsprobe des Weltkrieges nicht weit genug vorgeschritten. Noch hat das englische Volk die Folgerungen aus der politischen Lage des Reiches nicht gezogen und verweigert sich z. B. dem Wehrdienst. So ist England einfach nicht in der Lage, seine wirklichen Kräfte einzusetzen. Es ist damit zu einer Politik des Zuwartens und Hinhaltens gezwungen, die nur unter schweren Nachteilen durchzuführen ist. Das hat sich im italienisch-abessinischen Streit gezeigt, der mit der größten Demütigung Englands seit Jahrzehnten geendet hat. Trotzdem muß man heute in London froh sein, mit dem selben Italien ein Gentleman-Abkommen über das Mittelmeer abzuschließen zu können, um Schlimmeres zu verhüten. Und nicht viel anders steht es in Ostasien, wo um Singapur die neue englische Hauptstellung im Entstehen begriffen ist. So betreibt heute England eine ausgesprochene Politik des Ausgleichs und der Vermittlung, weicht Entscheidungen aus. Das muß natürlich zu Schwankungen und Unsicherheiten führen. Für England ist eben die Entwicklung noch nicht reif, mag sie an und für sich auch noch so reif sein.

Daneben wird man England zubilligen müssen, daß es auch ernsthaft an der Schaffung tragfähiger, für eine bessere Zukunft Hoffnung verleihender Zustände arbeitet. Nur wird hier der zweifellos vorhandene gute Wille durch unbelehrbare Gruppen im Innern, durch den Zwang der vielgestaltigen Reichspolitik und schließlich durch die ganze unglückliche außenpolitische Lage stark gelähmt. Er hat deshalb auch noch keine großen Früchte getragen.

* * *

Den beiden Westmächten mit ihrer Politik des Beharrens und „Sicherns“ stehen die beiden mitteleuropäischen Diktaturstaaten mit ihrer teils durch den wirtschaftlichen Druck erzwungenen, teils aus dem starken politischen Willen herausgewachsenen politischen Rührigkeit gegenüber.

Italien hat den ersten Schritt zu seinem Kolonialreich der Zukunft getan. Es steht nun vor der langen, Geld und Menschen fordernden Aufgabe der wirtschaftlichen Erschließung des eroberten Kaiserreichs. Nur mit Mühe wird es diese Aufgabe leisten können. Inzwischen aber sieht sich Mussolini nach weiteren Ausdehnungsmöglichkeiten um, die vielleicht unmittelbarer einen greifbaren Erfolg bringen könnten. Ob dazu die spanischen Ereignisse im westlichen Mittelmeer eine Gelegenheit bieten werden, steht dahin. Das aber ist sicher, daß Italien jede Gelegenheit sofort fassen wird.

Noch weiter vom Ziel der Wünsche entfernt befindet sich Deutschland. Mit verbissener Zähigkeit arbeitet es an dem Neubau seines Wehrwesens und an der Wiederherstellung seiner politischen Bewegungsfreiheit. Von Zeit zu Zeit wird noch eine der im Versailler Vertrag aufgezwungenen Fesseln abgeschüttelt, im übrigen aber widmet man sich ohne großen Lärm der planmäßigen Aufbauarbeit. Sie erfordert vom ganzen Volke erhebliche

Opfer, die sowohl für den Willen des deutschen Volkes als für die Ungunst seiner heutigen Lage Zeugnis ablegen. Kein Zweifel kann aber auch hier daran bestehen, daß das Deutsche Reich bei erster Gelegenheit versuchen wird, weitere Bindungen und Verzicht von Versailles ungeschehen zu machen.

Bei allem Willen aber zu aktivem Vorgehen werden sich doch beide Staaten hüten, irgend etwas zu überstürzen. Sie sind noch längst nicht bereit und sie kennen das Wagnis wohl, das sie mit einem plötzlichen Losbrechen auf sich nehmen würden.

* * *

Übersieht man so die Lage der vier Großmächte insgesamt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eigentlich von ihnen allen aus in nächster Zukunft keine ernstlichen Schwierigkeiten zu befürchten sind, daß aber zwischen der Gruppe der bei der Verteilung der Welt so gut davongekommenen Westmächte und jener der eng eingeschnürten Diktaturstaaten wesentliche Gegensätze bestehen, zu deren Behebung bisher noch keine ernsthaften Vorarbeiten zu sehen sind. Nun kommt aber dazu die ständig drohende Gefahr, die sich aus der internationalen Wühlarbeit des Kommunismus ergibt. Während die Sowjetunion selbst ihre russisch-nationale Großmachtspolitik betreibt, unterhöhlt und verheßt sie gleichzeitig ganz Europa. Sie benützt die aus der üblen Verteilung Europas im Jahre 1919 sich ergebenden Gegensätze und Leidenschaften ebenso geschickt wie die aus der internationalen Wirtschaftskrise herausgewachsene Unzufriedenheit breiter Massen, wie schließlich die neuen weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Faschisten und Nationalsozialisten auf der einen Seite, dem alten demokratisch-liberalen Lager auf der andern. So sehen wir die blutroten Kommunisten unter der wohlwollenden Anleitung Moskaus heute in den demokratischen Staaten Europas als eifrigste Verfechter der liberal-demokratischen Freiheiten auftreten und hören sie, ihre begeistertsten Lobsprüche auf den jeweiligen Militarismus zum besten geben. Längere Zeit hat man dieses Affentheater nicht recht ernst genommen, bis dann die auf dieser Agitation aufgebaute Volksfrontpolitik an den verschiedensten Orten eines bessern belehrte. Heute sieht man in Spanien bereits die schönsten Früchte der geschickten kommunistischen Taktik reifen. Einen Vorgeschmack weiterer kommender Dinge kann die Lügenflut über die deutschen Truppenlandungen in Marokko, die in den letzten Tagen über die Welt ergangen ist, und die daraus entstandene große deutsch-französische Spannung geben.

Erst durch diese planmäßige kommunistische Wühlarbeit ist das allgemeine Durcheinander in Europa fertig geworden. Bunt durchkreuzen sich jetzt alte, neue und neueste Gegensätze. Mangelnder Atemraum der dicht bevölkerten, eng eingeschnürten Staaten, durch den Weltkrieg und die nachfolgenden Friedensschlüsse geschaffene tiefe Gegensätze, weltanschauliche, auf der innern Politik fußende Meinungsverschiedenheiten und die Grundwelle

des Kommunismus haben zusammen so viel Zündstoff angehäuft, daß man wirklich vor entscheidenden Schritten unverantwortlicher Elemente oder Provokateure eine gewisse Sorge haben muß.

* * *

Ein Beispiel für viele mag hier zur Erläuterung dieser heutigen europäischen Sachlage genügen. Die Tschechoslowakei ist als Nationalstaat der Tschechen 1919 geschaffen worden. Sie erhielt als Danaergeschenk bei ihrer Geburt an allen Grenzen fremdes Volkstum zugesprochen. Im Schutz unserer demokratischen und friedlichen Welt haben sich dann die Tschechen daran gemacht, diese fremdvölkischen Zwangsbürger ihres Staates zu „assimilieren“. Feindschaft mit den Deutschen, den Polen, den Ungarn, den Ukrainern in Karpathenrußland und selbst mit den nahe verwandten Slowaken war die Folge. Todfeindschaft nach Außen, Gewaltpolitik im Innern mußte sich daraus ergeben. So wird mit allen Mitteln versucht, das Volkstum der 3½ Millionen Sudetendeutschen zu zerschlagen. Die tschechische Wirtschaftspolitik hat unter ihnen zu unbeschreiblichem Elend und wahrer Hungerstnot geführt. Planmäßig wird das geschlossene deutsche Sprachgebiet mit tschechischen Siedlern durchsetzt, unter denen die Beamten, die Eisenbahner und Pötkler, die Polizisten und Grenzwächter an der Spitze stehen. Mit allen Polizeischikanen sucht man das politische Leben der Sudetendeutschen unmöglich zu machen und ihr kulturelles Leben zu droffeln. So sind z. B. in der Tschechoslowakei wesentliche Teile der deutschen Literatur bis zurück zu den Klassikern als staatsgefährlich verboten. Selbstverständlich haben dann die Tschechen sich auch gegenüber dem Deutschen Reiche entsprechend eingestellt. Sie waren und sind die treuesten Anhänger jener französischen Politik, die Deutschland um jeden Preis niederhalten wollte. Sie haben sich gleich Frankreich aus Angst vor dem erstarkenden Reiche in eine enge Verbindung mit der Sowjetunion eingelassen und sind heute deren Vorposten in Mitteleuropa. (Dazu kommt noch die Tatsache, daß die Tschechoslowakei sich ohne weiteres zur Operationsbasis eines wesentlichen Teils der deutschen Emigranten hergegeben hat. Weitere endlose und sehr empfindliche Reibungen waren die unausweichliche Folge.) Wer sich diese Dinge einmal auf der Karte etwas ansieht, wird ohne weiteres zu der Überzeugung kommen, daß das Deutsche Reich diese Entwicklung auf die Dauer nicht ruhig wird mit ansehen können.

So herrscht heute um Prag eine Spannung, die früher oder später eine Entladung befürchten läßt. England hat dies auch gefühlt, aber bisher keine Besserung erzielen können.

* * *

In diesem Durcheinander widerstreitender Interessen, gefährlicher Gegensätze und noch gefährlicherer unterirdischer Politik stehen die Kleinen, der ganzen Art und auch der Überlieferung nach längst neutralen Staa-

ten heute verlassen da. Der Völkerbund als Hoffnung ist verschwunden; von ihm ist höchstens noch zu befürchten, daß er die kleinen Staaten in die Händel der Großen hineinziehen könnte. Was sollen also diese Staaten tun?

Sie haben darauf bereits die Antwort gegeben. Sie rüsten alle miteinander, um sich im Notfalle ihrer Haut wehren zu können. Sie suchen untereinander Fühlung und sie suchen sich möglichst aus der Verbindung mit der Politik der Großmächte zu lösen. Belgien hat dafür das Beispiel gegeben, das erhebliches Aufsehen verursacht hat.

Demgemäß kann auch die Schweiz wissen, was sie zu tun hat. Je eher sich das gesamte Volk darauf besinnt, daß es noch nie etwas bei den Händeln ringsum hat gewinnen können, umso besser. Unser so ausgesprochen mitten im europäischen Durcheinander gelegener Kleinstaat hat mehr als jeder andere Ursache, auch nur den Schein des Zusammenhangs mit dem politischen Getriebe der Großmächte und ihrer Schleppenträger zu vermeiden.

Der „Leuchtturm der Demokratie“.

Von * * *

Im Laufe der letzten Jahre haben fast alle Staaten Mitteleuropas mehr oder weniger tiefgreifende Umwandlungen ihres Staatsaufbaues durchgemacht. Unverkennbar ist dabei der Zug zur autoritären Regierungsform. Nur die Tschechoslowakei scheint hierin eine Ausnahme zu machen, da — äußerlich betrachtet — noch immer die rein demokratische Verfassung aus dem Jahre 1920 gilt, die in getreuester Anlehnung an die Gedankengänge der französischen Revolution eine parlamentarisch-republikanische Demokratie nach westlichem Muster geschaffen hat. Auf diese Tatsache der äußeren Behauptung der demokratischen Regierungsform sind die Tschechen sehr stolz und betonen sie bei jeder sich nur irgendwie bietenden Gelegenheit. Auch der neue Präsident der Republik, Dr. Edvard Beneš, zieht jederzeit die Parallelen zu den „großen Demokratien des Westens“ — ohne allerdings die wesensgemäßen Verschiedenheiten aufzuzeigen, die z. B. zwischen der englischen oder der amerikanischen und der tschechoslowakischen Demokratie bestehen. Er ist es auch, der das Schlagwort von der Tschechoslowakei als dem „Leuchtturm der Demokratie“ geprägt hat.

Für einen Kenner der inneren Verhältnisse des tschechoslowakischen Staates stellen sich aber die Dinge wesentlich anders dar als sie nach außen hin scheinen. Wer nämlich heute das innere Verfassungsleben des Staates betrachtet, muß Zweifel hegen, wieweit überhaupt noch von einem demo-